

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 22, Winterfeldtstr. 24
Fernsprecher: Amt VI, Nr. 6488
Redakteur: Emil Dittmer

Motto:
Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Mutterbetriebe sein

Erscheint wöchentlich Freitags
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Beleggeld)
2 Mk. — Postzeitungsliste Nr. 3164

Inhalt:

Haushalts-Rechnungen. — Nachklänge vom stierischen Kampf. — Der Generalstreik in Schweden. — Aus dem Münchener Rathaus. — Bericht der Zentrale Groß-Verltn für das 1. und 2. Quartal 1909. — Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1909. — Wasserbauarbeiter. — Notizen für Gasarbeiter. — Aus unserer Bewegung. — Mundschau. — Verbandsteil.

Haushalts-Rechnungen.

Zu den Hauptaufgaben der bürgerlichen Presse gehört es seit vielen Jahren bei jeder sich nur irgendwie bietenden Gelegenheit, den Lesern das Märchen von den kolossalen Lohnsteigerungen und der gehobenen Lebenslage der Arbeiter vor Augen zu führen. Die gerechtesten Forderungen der Arbeiterschaft werden durch diese „Darlegungen“ als unverschämte bezeichnet und stets die Lebenslage der Arbeiter als außerordentlich gute geschildert. Jede nach dieser Richtung hin unternommene Gegenbeweisführung der Arbeiterorganisation wurde als übertrieben und nicht den Tatsachen entsprechend bezeichnet, trotzdem sich die Gegenbeweise immer öfters als Trugbild der wirklichen Lage der Arbeiterschaft entpuppten. Wenn dann noch vom Kapitalismus die Unrentabilität der von ihm gegründeten Unternehmungen zitiert, dann genügt dieses meistens, um einen großen Teil der Bevölkerung selbst Sozialpolitiker nicht ausgeschlossen — von den übertriebenen Forderungen der Arbeiter zu überzeugen. Dient doch im besonderen die jetzige wirtschaftliche Krise dazu, an Hand der herabgesetzten Dividende in „klafter Weise“ den Beweis zu führen, daß die Großunternehmungen keinesfalls als rentabel zu betrachten seien. Es soll jedoch heute nicht unsere Aufgabe sein, erneut diese Vorurteile zu zerstören. Der Beweis ist bereits genügend geführt, daß der Kapitalismus es stets verstanden hat, seinen Vorteil, und zwar in recht respektable Höhe, einzubehalten. Die Zunahme des Vermögens an Grund und Bodenwerten sowie an barem Gelde überzeugen uns davon zur Genüge.

Anderes lag es bis dato mit dem Einkommen der Arbeiterschaft. Die von den einzelnen Gewerkschaften gemachten Erhebungen über Wirtschaftszustände und Lohnkennzeichen wurden durchgängig als gefärbt und den wirklichen Tatsachen nicht entsprechend bezeichnet. Es kann mit ihm nur freudig bearaft werden, daß letztlich eine andere Institution, und zwar das staatliche statistische Amt, ver sucht hat, einmal diese Verhältnisse näher zu durchleuchten. Dieses Experiment verpricht doppelt interessant zu werden, wenn man erst nach ein paar Jahren Veraleide über das Auf und Ab der Einnahmen, das Wachsen und Sinken der Ausgaben wird sehen können. Aber auch die Ergebnisse des ersten Versuchs, die das staatliche statistische Amt unter dem Titel „Erhebung von Wirtschaftsrech-

nungen minderbemittelter Familien“ veröffentlicht hat, sind bemerkenswert genug.

Das statistische Amt hat ein Jahr hindurch mehr als 800 Familien eine genaue Aufstellung über Einnahmen und Ausgaben machen lassen. Jeder Familie wurde vom Amt ein Haushaltsbuch zur Verfügung gestellt, in das Tag um Tag jede einzelne Ausgabe für Nahrungsmittel, Kleidung, Heizung usw. eingetragen war. Jede Woche wurden die Aufzeichnungen abgeholt und im statistischen Amt bearbeitet. Im ganzen wurden auf diese Weise 852 Haushaltungen in 30 Städten, großen und kleinen, kontrolliert, 522 von diesen Haushaltsrechnungen stammen aus Arbeiter- und Handwerker-Familien, 36 Haushaltsvorstände waren Privatangestellte, 79 Lehrer, 139 mittlere Beamte und 67 Unterbeamte. Insgesamt umfaßten alle diese Haushaltungen 352 Personen. Der Durchschnitt betrug also 1,61 Köpfe pro Familie.

Als Grundlage für jedes Haushaltsbudget gilt bekanntlich die Einnahme, mit der in einem gut verwalteten Haushalt die Ausgaben in Einklang zu bringen sind, d. h. wenn eine solche Möglichkeit besteht, und nicht mehr Anforderungen an den Geldbeutel gestellt werden, als wie die Einnahmen zulassen. Daß dieses letztere aber wohl bei allen Familien zutrifft, nicht allein bei den Arbeitern, sondern auch bei den unteren und selbst mittleren Beamten, steht außer Frage. Dieses wird auch besonders treffend gekennzeichnet durch die Tatsache, daß die Gesamtsumme der Einnahmen aller Haushaltungen 1.867.652 Mk. betrug, die der Ausgaben 1.903.387 Mk., so daß sich ein Schuldbetrag von 35.735 Mk. ergibt, an dem 139 Haushaltungen, also mehr als die Hälfte aller, beteiligt sind. Die Durchschnittseinnahme der Haushaltung ist 2192,08 Mk., die Durchschnittsausgabe 2231,02 Mk. Der Durchschnittsschuldbetrag also 11,91 Mk. Dadurch ist zweifellos die bemerkenswerte und zugleich erickendste Feststellung der amtlichen Statistik berührt, und zwar daß ein sehr großer Teil dieser sogenannten „minder bemittelten“ Haushaltungen, darunter auch Familien mit einem Einkommen bis zu 5000 Mk., mit einem Teilsitz wirtschaftet.

Woraus reultieren sich nun diese Feststellungen? In der der Statistik vorantehenden Vorrede der Ergebnisse der Erhebung äußert sich der Regierungsrat Dr. Reich zu einzelnen Punkten wie folgt:

„Verschiedene psychologische Gründe sprechen dafür, daß die Einnahmen weniger genau und darum auch weniger vollständig aufgezählt werden als die Ausgaben. Es sei hier beispielsweise an die Einnahmen der Arbeiter aus Lohngehältern oder Unternehmungen, der Beamten aus Staatsarbeit, an kleinen Nebenverdiensten der Kommer, die sie der Frau verschwiegen haben, an Naturalverdiensten von Anachboren und dergl. hingewiesen. In mehreren Städten haben sich städtische Arbeiter an den Aufzeichnungen beteiligt. Ein weiteres Amt macht darauf aufmerksam, daß die Arbeiter den städtischen Behörden gegenüber

ihre Einkommen nicht zu hoch erscheinen lassen wollten und darum keine Nebeneinnahmen angegeben hätten.

Zweifelhaft wurden häufig auch Ausgaben, sei es rechtlich mit oder ohne Grund, doch haben diesen Fällen jedenfalls auch solche gegenüber, in denen nicht gemachte Ausgaben aufgezählt sind, z. B. für lastendige ererbte Miets, auf Vorkauf von Waren usw. über das laufende Einkommen unvollständiger Aufzeichnungen durch momentanen Umstand, daß, je größer die Zahl, umso mehr sie aneinander und mannigfaltiger die Einkünfte und Ausgaben sind, desto häufiger Nachträge vorkommen.

Alles in allem ist doch festzustellen, daß die Ausgaben vollständig verzeichnet sind als die Einnahmen, wodurch sich ein Teil der Nachtragsverläufe, in anderer Zeit jedoch wird der Wirtschaftlichen entsprechen.

Es wird aber in der Tat bei minderbemittelten Haushaltungen oft genug der Fall vorkommen, daß der tatsächliche Verbrauch die Einnahme übersteigt, veranlaßt doch auf diesem Umfange das so verbreitete Verarbeiten. Berücksichtigt man, wie eng sich im Arbeiterhaushalt die Ausgaben den Einnahmen anschließen, so ist festzustellen, daß jeder unvorhergesehene Einnahmeausfall in Folge Arbeitslosigkeit, Krankheit usw. die ganze Wirtschaftsführung aus dem Gleichgewicht bringt. Obgleich es vielfach auch an genügender Berücksichtigung an rechtzeitigen Zurücklegen eines Not- und Sparfennens. Dies ist immens zu bedenken, daß während andauernd überflüssige Ausgaben aus sozialen Gründen schwer vermeidbar sind, weil sie nämlich für das Aufrechterhalten einer oft viel zu hoch gehaltenen „Standesgemäß“ Lebensweise notwendig sind, während sie vielleicht gar keinem lebhaften individuellen Bedürfnisse entsprechen. Dieser Grund dürfte namentlich bei Beamten und Lehrereinkünften zutreffen, bei denen sich verhältnismäßig häufiger Nachträge, auch solche größeren Umfangs, finden als bei den Arbeiterhaushaltungen.

Ob das bezüglich der Einnahmen und Ausgaben Hauptkriterium der vollen Wirtschaftlichkeit entspricht, ist zum mindesten bei vielen Fällen zu bezweifeln. Wir glauben annehmen zu dürfen, daß die bei den Erhebungen in Frage kommenden Personen schon um der Stichhaltigkeit willen sich größtmöglicher Genauigkeit bestrengen haben. Auch der Hinweis der wahrscheinlich oftmals nicht erfolgten Prüfung von Trinkgeldern und Naturaleinnahmen von Angehörigen läßt diesen Schluß zu. Sind doch selbst solche Zuschüsse zum Einkommenskonto so geringfügiger Natur, daß sie wesentliche Abänderungen nicht herbeiführen. Daß in einzelnen Fällen Minderbeträge vorliegen, soll keinesfalls bestritten werden; did zu unterstreichen ist aber, daß jeder unvorhergesehene Einnahmeausfall, sei es infolge Arbeitslosigkeit, Krankheit usw. die ganze Wirtschaftsführung aus dem Gleichgewicht bringt und dadurch der Familie Schuldentlasten aufbürdet.

Wenn aber bezüglich der Einnahmen der städtischen Arbeiter von einem statistischen Punkte darauf verwiesen wird, daß Nebeneinnahmen verschwiegen, um das Einkommen nicht zu hoch erscheinen zu lassen, so ist damit die Mutmaßung selbst außer Betracht gelassen wieder einmal von amtlicher Stelle festgestellt, daß die Lohnverhältnisse der städtischen Arbeiter nicht solche sind, um der Familie den vollen Lebensunterhalt zu ermöglichen.

Die in der Erhebung angeführten Einnahme und Ausgabeposten der einzelnen Haushaltungsetats variieren selbstverständlich in mannigfacher Weise. Es kann daher auch nur von den Durchschnittszahlen aus exemplifiziert werden. Da es sich, wie bereits vorher bemerkt, bei der Erhebung ausdrücklich um minderbemittelte Familien handelte, war natürlich nach oben eine bestimmte Grenze gezogen und so ergibt sich denn für den einzelnen Haushalt eine Durchschnittseinnahme von 2192,08 Mk., die sich wie folgt zusammensetzt:

Arbeitsverdienst des Mannes	1805,35 Mk.	= 82,1 Proz.
Nebenverdienst des Mannes	51,10 "	= 2,3 "
Einnahmen der Ehefrau	60,26 "	= 2,7 "
Beitrag der Kinder	36,79 "	= 1,7 "
Einnahmen aus Untervermietung	44,07 "	= 2,0 "
Zensitige bare Einnahmen	174,93 "	= 8,0 "
Einnahmen aus Naturalien (Acker und Gartenland, Tierzucht usw.)	19,58 "	= 0,9 "

Diese Zahlen ergeben, daß sich außer der Haupteinnahme einer Familie d. h. dem Arbeitsverdienst des Mannes, ein beträchtlicher Teil aus Witverdienst der Ehefrau und Mindererstützt, oder der Mann außerhalb der festen Arbeitszeit noch durch sonstige Nebenarbeit des Einkommens erhöhen muß. Sind doch rund 8 Proz. solcher Zusatzeinnahmen festzustellen. Diese Prozentziffer wird sich aber durchgängig bei den meisten Arbeitern noch wesentlich steigern, da, wie in der Berechnung ausdrücklich hervorgehoben, diese Einnahmequellen deshalb nicht häufiger auftreten, weil unter den Erhebungen sich eine stattliche Anzahl solcher von Beamten und Lehrern befinden und daß unter den Arbeitern die besser bezahlten gelehrten Arbeiter überwiegen; auch die beträchtliche Anzahl kinderloser und junger Ehepaare spricht dabei mit. Dadurch erhält zur Genüge, daß die Nebeneinnahmen in anderen Arbeiterfamilien durch Anspannung aller Hausgenossen noch bedeutend höher sein müssen und damit das ungenügende Lohn-einkommen des Mannes noch mehr charakterisiert wird.

Der Einnahme steht eine Durchschnittsausgabe von 2231,02 Mk. gegenüber. Sie verteilt sich nach Hauptgruppen folgendermaßen:

Nahrungsmittel und Genussmittel	1017,52 Mk.	= 45,55 Proz.
Ableidung, Wäsche und Reinigung	262,44 "	= 12,64 "
Wohnung und Haushaltung	401,27 "	= 17,96 "
Beleuchtung und Heizung	90,83 "	= 4,07 "
Sonstiges	441,96 "	= 19,78 "

Unter den Nahrungsmitteln steht Fleisch mit einer Durchschnittsausgabe von 190,58 Mk. pro Haushalt an erster Stelle. Rechnet man Wurst mit 58,81 Mk. und Käse mit 15,95 Mk. hinzu, so ergeben sich 265,37 Mk. oder 26,1 Proz. sämtlicher Nahrungsausgaben. Es folgen Brot und Pflaumen mit 16,2 Proz., Butter, Schmalz und Margarine mit 12,6 Proz., Milch mit 10,1 Proz. Auf die Ausgaben entfallen für Kartoffeln 3,3 Proz., für Eier 3 Proz., auf alkoholische Getränke im Hause und in Gastwirtschaften 3,1 Proz., auf Zigarren und Tabak 2 Proz.

Interessant ist es nun, wie sich die Ausgaben für die einzelnen Nahrungsmittel in den kleinen und großen Familien sowie in den Familien mit ganz kleinem und etwas größerem Einkommen verhalten. Die Ausgaben für Fleisch betragen in den aus zwei Personen bestehenden Familien 159,71 Mk., für Wurst 51,95 Mk. = 10,3 Proz. der Gesamtausgaben. Bei den aus fünf Personen bestehenden Familien betragen die Ausgaben 195,69 Mk. = 61,11 Proz. = 11,1 Proz., bei den aus zehn Personen bestehenden Familien 266,08 Mk. = 88,90 Mk. = 12,9 Proz. der Gesamtausgaben. Der Fleischkonsum wächst also keineswegs im Verhältnis zur Kopfzahl. Vermutlich nicht nur deshalb, weil in den mehrköpfigen Familien eben Kinder mitzählen, sondern weil, je zahlreicher die Familie, die Hausfrau um so mehr gerade am Fleisch sparen muß.

In einer weiteren Zusammenstellung werden die einzelnen Erhebungen nach der Wohlhabenheit in Klassen rubriziert. Die Einkommen zerfallen danach in 8 Gruppen, von 1200 Mk. bis 5000 Mk. aufsteigend. In der untersten Einkommensstufe beträgt nun die Ausgabe für Fleisch rund 98,00 Mk., in der obersten (5000 Mk.) rund 361,00 Mk. Der Anteil an den Gesamtausgaben aber sinkt von 9 auf 6 Proz. Auch hier ergibt sich ganz von selbst die lehrreiche Schlussfolgerung: der etatante Beweis für die alte Behauptung, daß jede familiäre Verteuerung der Lebensmittel gerade die minderbemittelten Klassen am schwersten trifft, und zwar um so schwerer und empfindlicher, je geringer das Einkommen ist. Überdies ist der Verbrauch an Fleisch sowohl wie an anderen Nahrungsmittel und Genussmitteln auch bei gleichem Einkommen nicht überall gleich. Ja, es läßt sich sogar direkt eine Unterscheidung nach dem Beruf feststellen. Die Ausgaben für Fleisch beispielsweise sind am größten bei den Lehrern, dann folgen die mittleren Beamten, dann die Unterbeamten, die Privatangestellten, zuletzt die

Arbeiter. Die Jahresausgabe für Fleisch schwankt zwischen 249,96 Mk. bei den Lehrern und 160,73 Mk. bei den Arbeitern. Die kleinste Ausgabe finden wir bei den Textilarbeitern und Schneidern.

Diese Vergleiche ließen sich noch weiter fortsetzen. Neben- lich wie es beim Fleischkonsum liegt, ist es auch bei anderen Nahrungsmitteln und Bedarfsartikeln anzutreffen, und noch um ein Bedeutendes mehr dürften solche Erhebungen schlagendere Beweise bringen, wenn der Kreis der Erhebungen ausgedehnt und auch mehr die Familien der gewöhnlichen Arbeiter sowie auch der bei den Stadtverwaltungen Beschäftigten, mehr wie geschehen, mit in Betracht gezogen würden. Durch diese unge- nügige Berücksichtigung der Familien, welche unter 1200 Mark Jahresverdienst haben - nur 13 von ihnen sind in der Statistik aufgenommen -, erhält das ganze Bild dieser sta- tistischen Erhebungen schon eine besonders tendenziöse Fär- bung. Doch übergehen wir dies; die angeführten Zahlen sind obnein schon gute Beweismittel für die ungünstige Lebenshaltung der „minderbemittelten“ Bevölkerung.

Als anlässlich der Finanzreform der „gegangenen“ Reichscharakteristika die Vorschläge der Regierung verteidigte, sprach er von „dem mächtig wachsenden Wohl- stand unserer Bevölkerung“. Unsere angeführten Zahlen reden einen anderen Beweis. Dem nunmehrigen preussischen Handelsminister ist sicherlich derzeit noch nichts von diesen statistischen Erhebungen bekannt gewesen oder er hat nur keineswegs unter keinem Beobachtungsgrad gestellt. Daß der Vermögensbestand der Schlotzmeister und Schnars- barone sich in jenem Ausmaß befindet, ist nur zu erklärlich. War es doch auch dem neuen Mod nur hauptsächlich darum zu tun, bei der Finanzreform unter Freilassung des wirk- lichen Volkes wieder den mindestbesitzenden Klassen des Volkes eine indirekte Steuerlast von 400 Millionen aufzubürden.

Obgleich unsere Ausführungen eine herabete Sprache reden, daß schon unter den jetzigen Umständen ein ständiges Defizit im Haushalt zu verzeichnen ist, läßt es sich noch nicht übersehen, inwieweit es für die Zukunft noch mehr haus- halten heißt wie bisher. Den städtischen Arbeitern aber er- wähnt zugleich die Pflicht, auch ihrerseits durch genaue An- zeichnungen zur Vereinfachung mit beizutragen, daß die auf- gestellte Behauptung von der Wohlhabenheit des deutschen Volkes auf die Arbeiterklasse keineswegs zutrifft, sondern nur ein Märchen ist.

Nachklänge vom Kieler Kampf.

Wer je gedacht, daß mit der Verdingungserklärung des zehn- wöchentlichen Kampfes durch die Streikenden und Ausgesperrten auch der wirkliche Scluß der Bewegung eingetreten, der hat sich stark getäuscht. Allen Anschein nach will der Magistrat überhaupt keinen Frieden mehr in seinen Betrieben haben. Bei der Wiedereinstellung der alten Arbeiter ist die denkbar größte Auslese gehalten. Denenwie Verdächtige, d. h. für die Interessen der Organisation eintretende Leute hat man möglichst ausgemerzt. Zurzeit sind noch keine zweihundert Kollegen wieder eingestellt. Tönnungsgeachtet wurden nach Verdingung des Streiks neue Arbeiter, also Personen in Verdingung ge- nommen. Die bisher noch nie in städtischen Betrieben gearbeitet haben. Es hätten demnach weit mehr Ausgesperrte auf ihre alten Plätze kommen können. Der Magistrat hat es anders bestimmt. Er benutzt seine wirtschaftliche Hebermacht auch nach offizieller Aufhebung des Ausstandes zu den stärksten Maßnahmen gegen die Ausgesperrten. Gewöhnliche Streikende nennen solches Verhalten die Machte des Siegers. Seines Tages wird er aber offen- bar nicht froh, denn sonst wendete er nicht Mittel an, die man heute allgemein verurteilt.

Nun hat ja während und nach dem Kampfe die Bürgerschaft vom Magistrat der Stadt Kiel so gut unterrichtete Presse immer von einer Kraftprobe, von einem Gewaltakt der Arbeiter, des ge- meindevertreterverbandes und der Sozialdemokratie geredet. Jetzt aber zeigt sich deutlicher denn je, daß der Magistrat einen Scluß

gegen die Organisation seiner Arbeiter geplant hatte. In den ganzen Wochen des Kampfes hat man nur zu oft versichert, daß der Magistrat in seinem Vorgehen nicht im geringsten die Organisation treffen und auch keinen seiner Arbeiter das Recht sich zu organisieren freitig machen wolle: selbst bei Führung der Verhandlungen nach am ersten Tage nach Beendigung des Kampfes haben seine Vertreter noch erklärt, daß sie das Koalitions- recht der Arbeiter respektieren und keinesfalls an- zutasten gedenken. Nunmehr, nach Beendigung des Kampfes, sieht das Bild anders aus. Von der Streikkommission ist bis zum heutigen Tage noch nicht ein Kollege wieder einmündet. Man läßt Strafgericht. Die Arbeiter sollen nieder- gezwungen und zu Schonen herabgedrückt werden.

Auf dem Gaswerk Wil hat Herr Gasmeister Selow einfach erklärt: Ich stelle ein, wen ich will, Verbandsmit- glieder überhaupt nicht mehr. Auf eine hierauf ge- richtete Anfrage durch unseren Stützvorstehenden gab Herr Stadtrat Arense zu, daß man nach dieser Richtung Witterung halten wolle. Wohl bestehe noch kein Magistratsbeschlus, Ar- beiter wegen Zugehörigkeit zum Verbands von der weiteren Beschäftigung auszuschließen, die Möglichkeit, daß ein solcher aber gefaßt werde, liegt vor. Wenn nun schon Herr Stadtrat Arense diese Mög- lichkeit zugibt, so sieht sicherlich sehr, daß in der vom Gasmeister angeführten Weise schon jetzt, natürlich nur so unter der Hand, verfahren wird.

It es doch nicht das erstemal, daß solche Anschauungen unter den Beamten der städtischen Betriebe sich Bahn brechen. Bereits während und beim Abchlus des Kampfes wurde der Magistrat deshalb interpelliert. Stets suchte er unsere Bedenken zu zer- streuen, er entgegnete: das Koalitionsrecht der Arbeiter werde der Magistrat stets achten. Jetzt scheint man anderen Sinnes zu sein. Nach all dem Vorgeschienenen ist anzunehmen, daß der Magistrat diesen Schwadung schon von langer Hand vorbereitet hat. Das wäre dann die den Arbeitern angekündigte Kraftprobe vom Ma- gistrat in zweiter Auflage ausgeübt. Oder ist die Ausperrung der alten städtischen Arbeiter, das unverföhnliche Ver- halten des Magistrats bei den Einigungsverhandlungen, die Ab- lehnung des Gewerbegerichtes als Einigungsamt usw. keine Kraft- probe? Ohne Zweifel will man hier seitens des Magistrats ein Exempel statuieren. Doch die Herren am grünen Tisch bezweifeln, daß allzu scharf schartig macht. Kurze Zeit läßt sich wohl die Arbeiterkraft in der Unterdrückung halten. Unter der künstlich erzeugten Decke der erzwungenen Deuselei und Unterwürfigkeit erregten Feuer der Bewegung weiter fort, um weiter desto un- gedulliger sich zu entfalten. Wenn der Magistrat also Wind sät, wird er sich nicht wundern dürfen, wenn er Sturm erntet.

Die beste Gewähr für den Frieden zwischen Unter- nehmer und Arbeiter bietet wohl die loyalste Anerkennung der beiden sich gegenüberstehenden Parteien und ihrer Vertreter, die Schaffung einer guten Verhandlungs- basis und der gemeinsame Abschluß von Lohn- und Arbeitsverträgen. Will aber der Magistrat von viel dem anderen Teil, hier dem wirtschaftlich schwächeren Arbeiter, das Arbeitsbestimmungsrecht beim Abschluß des Arbeitsvertrages freitig machen, so wird sich eben zeigen, daß er gegen Wind- mühlenflügel kämpft. In Arbeiterkreisen hat sich das Bewußtsein, mühenflügel kämpft. In Arbeiterkreisen hat sich das Bewußtsein, mühenflügel kämpft. In Arbeiterkreisen hat sich das Bewußtsein, mühenflügel kämpft. In Arbeiterkreisen hat sich das Bewußtsein, mühenflügel kämpft.

bedeutet der Kieler Magistrat uns den Krieg von neuem zu erklären, dann soll er uns auf dem Felde finden. Das wäre eine weitere Kraftprobe des Magistrats, ganz

gleich, ob er unsere Organisation offen oder versteckt zu bekämpfen und niederzuringeln vermag.

Zur des ansehen des Magistrats bei einer solchen Anrede besonders gewinnen könnte, ist es nicht schwerlich behaupten. Derartige Reden sind für uns ja auch weniger zu ruben. Die Zeitungsverleger von hier mögen dies dann mit sich selbst und den übrigen Bürgern abmachen; es wäre aber doch ein Zuchtstiel für Götter, Göttermacher als Schwärze die fegeverleber zu leben.

Dem Vortragen der Beamten des städt. Magistrats zeigt sich recht deutlich, welche Zusammenhänge man gewillt ist, an den Arbeiter zu stellen. Der Magistrat ist deshalb auf diesen, baldmöglichst Arbeit in dieser Angelegenheit zu schaffen. Hier hilft kein Verhöhnern, da man diese bekannt werden. Nach dem bisherigen Verlauf des Monatses kann man sich allerdings denken, daß die von Herrn Stadtrat Jenne angeordnete Meinung auch zur praktischen Durchführung gelangt. Darum also, heraus mit der Sprache und ungewandelt gesagt, was man offen tun oder was man dulden will. Wer aber seine alten Handwerker und Arbeiter Strafgericht halt, muß auch den Mut haben, offen zu erklären, was er zur Wahrung oder Nichtwahrung der Koalitionsfreiheit seiner Arbeiter zu unternehmen gedenkt. Also erwarten wir die Antwort.

Der städt. Kollegen aber, die sie handhaft im Kampfe angehalten hat, an Ende ergeht die Mahnung, tut auch in Zukunft Care Pflicht, dann wird die Praxis der Beamten der städt. Stadtwirtschaft bald zuhause werden. A. W.

Der Generalstreik in Schweden.

Herzbeinhaltend wird aus allen Landesteilen berichtet, daß der Streikallianz noch unverändert fort dauert. Es ist nun bereits die vierte Woche des Kampfes verstrichen. Selbst der größte Teil der „Gelben“ steht unerschütterlich fest. Bürgerliche Blätter berichten wohl, daß der Streik im Abflauen begriffen sei, auch die neuere amtliche Zählung soll dies beweisen. Nach dieser wären noch 25.000 Streikende zu verzeichnen, das läßt einen Rückgang von 23.000 Personen gleich. Wenn man aber bedenkt, daß die Zählungen nur auf Grund der Angaben der Hauptunternehmer und der Hauptwerke erfolgen, so ist klar, daß diese Zahlen sich von verbleibendem tendenzlos gerächt sind. Nach den Anzeichen der Gemeinlichkeit sind nur verhältnismäßig wenige Personen wieder in Arbeit getreten. Die Arbeitgeber haben jedoch mit Wohl versehen, die von ihnen Entlassenen anzugeben, so daß sich die Differenz in den Zahlen leicht erklären läßt.

Die Verhältnisse nach einer Vermittlung durch die Regierung wird immer enger festgelegt. Am 20ten Abend haben die Führer der liberalen Partei, die Reichsversammlung, Straß und Feldman, der Regierung eine Entschuldigungsunterschrift, in der das vermittelnde Eingreifen anerkannt wird. Am letzten Sonntag waren eine Reihe anderer Verantwortlichen des Streikallianz festgehalten. Die diese Bemerkung hätte unterstrichen.

Nach einer Anzeige des „Wollischen Pincas“ vom Sonntagabend lautet die Realisierung es auch jetzt ab, die Justiz zu einer Vermittlung zu erlangen. Der Minister des Innern begründet diese Haltung damit, daß es sonst den Streikern ein den förmlich, als hätten die Arbeiter in ihrem durch den Generalstreik gegen die bürgerliche Gesellschaft in aufgenommenen Kampf geliegt.

Am Antragsrat der vorbereitenden Situation hat die Repräsentantenschaft der Landesorganisationen, die in Stockholm zur Beratung über die gegenwärtige Lage des Kampfes versammelt war und dabei besonders die Frage einer Antragsänderung behandelt, beschlossen, daß der Kampf bis auf weiteres in unveränderter Form fortgesetzt werden muß.

Der Kampf ist nun zu einem Klassenkampf geworden. Die ganze Gesellschaft hat sich mit Wohl gegen die um ihr Wohl kämpfenden Arbeiter geworfen. Von den höchsten Stufen und hinunter durchwachen schreien alle und jeder als die gefährlichsten Feinde der Arbeiter bezeichnet, einander auf alle mögliche Weise unterstützend, um die Arbeiter in diesem ihnen von den Arbeitgebern aufzunehmenden Kampfe zu verurteilen. - Sollte jeder organisierte deutsche Arbeiter diesen Kampf nach Kräften unterstützen.

Aus dem Münchener Rathhause.

Im allgemeinen wird wohl seitens der Arbeiterschaft der auf den Rathhämern geübten Kommunalpolitik nicht immer die entsprechende Beachtung zuteil. Auch die städtischen Arbeiter, die doch unmittelbar an den Vorgängen in den städtischen Verwaltungen interessiert sind, kümmern sich in der Regel nur insoweit um die Beschlüsse in den Sitzungen, als gerade eine Verbesserung oder Veranlassung der Arbeitsordnung der Distrikte und Pflanzung, fassung unterliegen. Das ist ein großer Fehler. Denn gerade bei den Beratungen der Arbeitsordnung u. dergl. sind die bürgerlichen Parteien gewöhnlich einige Redner vor, die unter vielen „Wenn und Aber“ über die rationäre Haltung der betreffenden Partei hinwegtäuschen; bei anderen Fragen hingegen kommt die Feindschaft gegen die Arbeiter voll und ganz zum Ausdruck. Es seien deshalb einige solcher markanter Vorgänge hier der Aufmerksamkeit der städtischen Arbeiter unterbreitet.

Handelte es sich da in der Sitzung des Gemeindefolgelegiums vom 12. August d. J. um die Entlassung des Pflegepersonals im Krankeubaus rechts der Mar. Es sollten zehn hauptberufliche Sanitäter, drei weltliche Krankenwärterinnen, sowie auch ein Krankenpfleger mehr angestellt werden. Während liberaler Seite durch den Zimmermeister übermeister Schäfer scharf gegen die Benennungen opponiert wurde, schwieg sich das Zentrum - das im Gemeindefolgelegium 14 Sitze hat - völlig aus. Sogar der christliche Arbeiterführer Karl Weitzel sagte nichts zu sagen. Einzig und allein war es dem sozialdemokratischen Gemeindefolgelegiumsmitglied Dr. Lehmann vorbehalten, mit aller Wärme für die hauptberuflichen Sanitäter, die 10 1/2 Stunden - ungeduldet der Nachwachen Dienstbereite sein müssen, einzutreten. Obwohl im Zentrum zwei Vertreter zu haben glauben, open, fand es keiner der Mühe wert, für dieses Krankenpflegepersonal - und noch dazu den Eiden der hauptberuflichen Sanitäter - einzutreten. Die hauptberuflichen Sanitäterpreise hat schon bei früherer Gelegenheit die eigene Rathhausfraktion als „Jammereffekt“ bemerkt. Und nun kommt ebenfalls ein Zentrumsmittler - der in Reihenfolge wiederum „Wendelstein“ und vertrat folgenden Bericht:

Hauptberuflich. Die hauptberuflichen Sanitäter im Münchener Krankeubaus u. d. M. bezeugt, welcher uns mitgeteilt wird, daß sie nur 10 1/2 Stunden täglich zu tun haben, an Tagen mit Nachdienst sogar 20 1/2 Stunden, haben eine sehr geringe Hilfe im Münchener Gemeindefolgelegium gefunden. Ihre Zahl wurde in der Sitzung am Donnerstag um drei im die Sanitätswirtschaft, um 7 im die Pflege vermehrt, so daß sie jetzt nur mehr alle fünf Tage Nachdienst haben. Der andere Dienst bleibt wie bisher. Und wie haben nach der Redezeit um? Leider habe ich, wie man uns mitteilt, niemand von den Angehörigen des Zentrums, was wir sehr bedauern. Dem sozialdemokratischen Mitglied dem Dr. Lehmann es überlassen, für die Sanitäter einzutreten, zu erklären, daß eine solche Dienstleistung „hinnachlassen“ ist. Natürlich war gleich ein Vertreter da, der die Rede gar nicht so artig fand. Denn die Sanitäter hatten doch in den 10 1/2 Stunden auch Pausen zum Essen, Pausen usw. Außerdem hatten sie erklärt, sie hätten sich zu geben. Die Gründe dieser Zufriedenheit kann man. So lange die fremden Sanitäter nicht zusammenbrechen, und sie immer zufrieden, ja auch beim Streik noch, weil sie dann im Dienste Gottes, im Dienste der Menschlichkeit stehen. Tatsache ist, daß wohl der Zentrum der Sanitätswirtschaft entgegen, die sie sich in ihrer am höchsten Stande haben. Und wenn sie zu werden und, so haben der Magistrat, die überwachenden Behörden, die Rechte unseres Erades die Pflanzung dafür zu sorgen, daß derartige Überbeanspruchungen verhindert werden. Am Ende des Zentrums wird auch die Haltung der Parteifreunde im Münchener Gemeindefolgelegium nicht bestehen, sondern sie befragen die Ökonomen über werden sie über annehmen. So erörtert man München nicht mehr.

Zuletzt meinen wir auch, daß insbesondere können sich die städtischen Arbeiter ein Bild von der einschlägigen Interessenvertretung durch das Rathhaus bilden lassen.

Im zweiten Teil handelt es sich um eine Angelegenheit von mehr prinzipieller Bedeutung. Der Magistrat hatte nämlich beschließen, beim nächsten Wochentag eine Schmelze zu errichten, um kleine Reparaturen an Eis und Stahl ausführen zu können. Dieser Beschluß war sehr bemerkenswert, denn damit die sich abfallende alte Eisen jedwede bessere Verwendung gefunden hätte, als wenn es für ein paar Pfennige an den Abfallhandel verkauft wird. Ganz erheblich davon, daß viel Zeit zum Transport des Wertgegenes und Materials zu den Schmieden in

der Bezahlung der Wochenfeiertage, der Anerkennung der Organisationen usw. Heute ist man sich allerseits — und hoffentlich auch bei den händlichen Beschäftigten — darüber klar, daß auf die jungliberalen Stoffpfeiler kein Verlaß ist.

Den händlichen Arbeitern sei an dieser Stelle geraten, den Vorgängen im Ratbaue zu folgen; sie werden dann unfehlbar zu der Überzeugung kommen, daß die wahren und wirklichen Interessensvertreter der händlichen Arbeiter die Sozialdemokraten und nicht Verband sind. Und alles, was man ihnen sonst verweigert, ist eine Humbug.

Bericht der Filiale Groß-Berlin für das 1. und 2. Quartal 1909.

II. Bewegung.

Die von den Kollegen der reichshauptstädtischen Vereine eingereichten Forderungen zum Etat 1909/10 haben nur vereinigt — wenn zum Teil auch ansehnliche — Erfolge gezeitigt. Voran steht darin die Durchführung des Neunstundenlages in mehreren Verwaltungen, so in den August-Strichen der Gaswerke und der Wasserwerke, bei den Möbelgeschäften der Monatslöhner, in den Marktballen und bei der Tiefbauverwaltung (Steinplättchen und so weiter). Rund 4000 Arbeiter haben damit eine Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde täglich erreicht; in diesem Punkte ist also eine bedeutende Etappe weiter zurückgelegt worden. Nicht so in der Aufrechterhaltung der Löhne! Es ist gerade, als ob der Berliner Magistrat gegenüber der Kostfrage, in welche die Arbeiter durch die fortwährenden Preissteigerungen wichtiger Lebensmittel und Bedarfsartikel immer mehr geraten, mit Blindheit geschlagen ist. Bei der ganzen Verwahrlosung liegt's bei ihm überhaupt im Argen. „Eben mit Schweiß und Axten — auch nicht einmal mit Vöfeln!“ so läßt das Motto im roten Hause diesmal zu lauten. Schon im Januar mußte der Magistratschmied in der Presse — zu Ruh und Krömmen der Stadtwater bei der Etatsberatung — Trübsal klagen; man werde kaum, so hieß es, die 100 Proz. Zuschlag zur Einkommenssteuer beschaffen können, und zwar mit Rücksicht auf die „Wohnaufwendungen“, die neben anderem auch für die Löhne der Arbeiter notwendig wären. Das war zwar gelogen wie gedruckt, denn die Arbeiter bekamen ja gar nichts, aber es haarte vor, daß nicht etwa doch ein eventueller Sturmangriff der sozialdemokratischen Arbeitervertreter einigen Erfolg zeitigte. Man konnte seine Prophezeien und Wächte, wie ähnlich der Berliner Speicher bei der Debatte auf Einkommenssteuerverhöhung wird. Dann rückte der Stadtdirektor Herr Zeitlinger mit seiner kundigen Entscherte an, in der er ganz in ganz malte, zur „Sparsamkeit“ aufzurufen und die Staatsverordneten beschwor, endlich den „sozialen Zorn“ der Stadt Berlin wieder zu legen — ansonsten gäbe es neue Steuern. Die Abseitigen von 10 Millionen Ueberdruck des Vorjahres, die zum Teil aus den händlichen Werken kommen, zählte gar nicht. Geld war nur da für die Beamten und Gehaltsbehalter, höher hinauf in teils respektvollem Umfang. Auch zu einem Tausend Mark Zulage für die Herren Magistratsmitglieder, wobei auch das händliche Ansehen und Sparzwang sich befand, reichte es noch. Alle diese Beschlüsse hatten natürlich unter der zunehmenden Forderung so stand es wenigstens in der Begründung. Die 5 1/2 Millionen Mark dazu müßten eben da sein. Nur die Arbeiter hatten das Nachsehen; für sie war nichts übrig. Tausende denen, die Gehälter von Tausenden beziehen — sollte Abweisung denen, die sich mit 350 1 Mk. Tagelohn durchbringen müssen! So sieht die Berliner Sozialpolitik aus; etwas Reformartiges und Weidmännisches kann es kaum geben. Wie außerordentlich diese Lage Arbeiterpolitisch aber auch nicht, keines die Stimmung in der großen Freienversammlung am 26. April, in der Stadtdirektor Herr Gensse Wein als Referent die stimmungsgewisse Sparmaßnahme einer von den bestehenden nicht unterlag.

Ein neues Hauptanliegen bedeutete an sich die vom Magistrat verlangte Regelung der Uebermündetenabgaben, wenn den Verwaltungen und Betriebsleitern in Berlin monatliche Abgaben neben Zahl und Anzahl waren. In einzelnen Stellen ist diese nemerocelle Uebermündetenabgabe wegen der begünstigten launhaftartigen Bestimmungen zum Unrecht für die Arbeiter geworden; nur außerordentliche Uebermündeten sollten danach mit Zuschlag bedacht werden, und die gibt's nach Anzahl übereinstimmend, paratantentlicher Betriebsleiter überhaupt nicht und damit auch keine Erleichterung. So mußte und muß denn um das Befahren, wenn sich der Magistrat aufgeschlossen hatte, erst noch überall ein erbitterter Mann gefast werden, dessen Ausgang noch nicht abzusehen ist. Das ist auch notwendig gegen die

vielfach in die Erscheinung tretende Uebermündetenhinderei überhaupt und gegen die Affordartigkeit, wobei leider viele Kollegen noch immer nicht das notwendige Maßmaß zeigen, sondern zum Schaden ihrer Gesundheit und ihrer Ehligkeiten als Familienväter dem Trängen struppeliger Vorgesetzter nachgeben. Das ist um so mehr verwerflich, als andererseits die Verwaltungen mit Entlassungen sehr schnell zur Hand sind. In den Gaswerken, den Wasserwerken, der Parkverwaltung ist man in diesem Jahre trotz der herrschenden Arbeitslosigkeit darin besonders rigoros gewesen, so daß es Mühe kostete, wenigstens zum Teil die Entlassungswut, die Hunderte in Mitleidenschaft zog, einzudämmen. Hier heißt es aufrecht stehen und gemeinsam solche Ausbeutungsgeleite bekämpfen, die A. B. besonders in der Strafreinigung ihr Wesen treiben, wo die an Arbeiterzahl erheblich dezimierten Abteilungen vor wie nach dasselbe Quantum leisten müssen wie bei voller Besetzung.

Die Arbeiterausschüsse allein können eben nicht gegen alles erfolgreich ankämpfen wie so mancher Kollege — nicht selten zur Konterierung des eigenen Ruhebedürfnisses — verlangt. In vielen Betrieben haben sie sich um die Abstellung der vorstehend gekennzeichneten Mißstände wirklich bemüht, aber nutzlos, weil ihre derzeitige Form ihnen verblühend wenig Macht gibt. Man ist ja eifrig bemüht, sie zum unvollständigen Scheitern zu machen. Jeder Versuch, sich eine Arbeitsbasis zu schaffen, wird im Keime erstickt; dafür sind in letzter Zeit eine Reihe Beweise wieder erbracht worden. Die selbstverständliche Forderung auf Ausbändigung einer Abdruck der Zwangsprotokolle und auf schriftliche Erteilung der Bescheide über die gefassten Beschlüsse ist zum Teil verworfen worden; die Entwertung beaurkundeter Zeichnungen wird in manchen Betrieben — die Strafreinigung schließt unter Deckung der „Striche“ hierin den Rekord — viele Monate hinausgezogen usw. usw. Angeichts solcher Tatsachen muß es dem Weidmännischen einleuchten, daß nicht diese sogenannten Arbeiterausschüsse den Arbeitern nennenswertes nutzen, sondern daß sie ihre berufliche und wirkliche Interessensvertretung lediglich in ihrer solidarischen Zusammenarbeit, in ihrer gewerkschaftlichen Organisation zu suchen haben.

Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1908.

Im „Korrespondenzblatt der Generalkommission“ veröffentlicht Gensse Regien die Statistik über die Gewerkschaften im Jahre 1908.

Was vor einiger Zeit nach einer mehr oberflächlichen Zusammenstellung schon gemeldet werden konnte, findet jetzt seine Bestätigung durch die offizielle Gewerkschaftsstatistik. Das Berichtsjahr mit seinem außerordentlichen Niedergang der wirtschaftlichen Neugestaltung hat den freien Gewerkschaften nicht nur einen Mitgliederverlust gebracht, sondern auch hohe finanzielle Anforderungen in Bezug auf Mittelumfragen an sie gestellt. Der Rückgang im Mitgliederstand zeigt sich in allen Landesteilen; er war am stärksten im 1. Quartale. Daher kommt es denn auch, daß der Verlust an Mitgliedern am Jahresabschluss 75 183 betrug, nachdem dem 1. Quartale des Berichtsjahres. Im Jahresdurchschnitt, d. h. also, die Mitgliederzahl aller Quartale zur Grundlage der Berechnung genommen, betrug der Mitgliederverlust erheblich weniger, nämlich 31 775. In Zeiten der wirtschaftlichen Mißstände verringerte sich der Mitgliederbestand der Gewerkschaften auch früher schon, so von 1891 zu 1892 um 40 610 Mitglieder, 1892 zu 1893 um 13 419 Mitglieder, 1901 um 2917 Mitglieder. Der Verlust Anfangs der neunziger Jahre traf die Gewerkschaften weit härter als der im letzten Jahre, und er erhofft sich, wenn man berücksichtigt, daß die Gewerkschaften in den drei vorhergehenden Jahren nicht weniger als rund 800 000 Mitglieder gewonnen hatten. Im Jahresdurchschnitt betrug die Mitgliederzahl der freien Gewerkschaften im 1881 731.

Trotz der ungunstigen Wirtschaftslage haben 21 Verbände ihren Mitgliederbestand im 1. Quartal 1908 vermindert mit dem von 1907) erhöhten können. Vierunter zählt auch nicht der Reichsbund, der im 1908 einen Zuwachs von 3109 und gegen den Jahresdurchschnitt von 1907 eine Zunahme von 3163 zu verzeichnen hat. 15 Verbände hatten einen Mitgliederverlust. Ein quartaler Mitgliederverlust hat der Verband der Textilarbeiter mit 23 210. Der Verband der Maurer verlor 17 419, der der Bauhilfsarbeiter 15 789, der der Schmiede 12 40, doch ist bei diesem Verbände der große Mitgliederverlust auf genauere Berechnung nach der Summe der geschlossenen Verträge zurückzuführen. Der Verband der Porzellanarbeiter büßte 9678, der der Kohlenarbeiter 250 und der der Holzarbeiter 2233 Mitglieder ein. In allen anderen Verbänden war der Verlust an Mitgliedern unter 3000, doch in keinem darunter, daß damit nicht gesagt werden soll, daß der Mitgliederverlust von wenigen Hundert in den kleinen Verbänden nicht schwerer wiegt als der Verlust von wenigen Tausend in den großen Verbänden. Von den 60 Verbänden, die der General-

Explosionkatastrophe auf der Gasanstalt in Genf. Zu unserer Mundschau Notiz in Nummer 35 der „Gewerkschaft“ ist noch nachzutragen: Die Reinigungsarbeiten an der Gasladstätte haben die ganze Nacht fortgedauert. Die Gesamtzahl der Toten beträgt 13; es sind drei Ingenieure, ein Werkmeister und neun Arbeiter, deren Leichen bis 9 Uhr vormittags alle geborgen waren. Unter den Toten befindet sich auch der Pariser Ingenieur Parvillie, der im Augenblick der Katastrophe die Gasfabrik besuchte. Der Dienst des Gaswertes ist vollständig einmündet, so daß die Stadt für einige Zeit ohne Gas sein wird. Die Rettung der Opfer ging schnell von statten. Die in der Arbeit geborenen Verwundeten sind schrecklich verblutet. Die Leichen sind in Ketten gerissen. Eine ungeheure Menschenmenge umlagerte bis zum letzten Abend die Gasladstätte. Stellenweise kam es zu einem heftigen Gedränge; Autos mobilis und Kisten eilten von allen Seiten herbei, vermochten aber nicht vorzudringen. Alle umliegenden Straßen sind mit Trümmern überlagert. Hunderte von Wohnungen sind unbewohnbar geworden. Nach Aussagen eines Arbeiters, der im Moment der Explosion sich in einer Manalanlage befand, soll die Explosion in Folge Entzündung von Gasen durch Änken, die bei Steinarbeiten an der Manalanlage hervorbrangen, herbeigeführt sein. Die Arbeit auf den Gasanstalten ist, wie Ängere wieder zeit, sehr gefährlich. 13 Tote sind als Opfer der Katastrophe zu melden. Wegen in Zukunft die Sicherheitsmaßregeln besser umzusetzen werden, damit solche Opfer an Menschenleben nicht mehr zu registrieren sind.

◆ **Aus unserer Bewegung** ◆

Bant-Wilhelmsbaven. Die heilige Kitzale hielt am Freitag, den 20. August, eine gut besuchte Monatsversammlung ab. Der wichtigste Teil der Versammlung war die Erhöhung der Beiträge sowie die Agitation. Alle Redner waren sich darin einig, daß die Beitragserhöhung notwendig sei, um gegebenenfalls auch aus der Krise etwas lernen zu können. Es wurde dabei beschlossen, die Beiträge ab 1. September auf 15 resp. 10 Pf. zu erhöhen. Ueber den Punkt Agitation war die Diskussion recht lebhaft; beschlossen wurde, eine Hausagitation sowie Betriebsversammlungen stattfinden zu lassen. Die Kitzaleitung soll zu gegebener Zeit diese Zusammenkünfte veranstalten, um die in den Staatsbetrieben wie in den Gaswerten noch fehlenden Kollegen für die Agitation zu gewinnen, damit auch für diese noch sehr rückständigen Betriebe endlich eine Verbesserung der Lohns- und Arbeitsbedingungen herbeigeführt werden kann. Weil aber in Bant und Wilhelmsbaven noch ein gutes Stück Arbeit zu leisten ist, sei die tatkräftige Hilfe aller Kollegen erforderlich. Jeder Kollege müsse Agitation und bestreuen sein, neue Mitglieder für die Organisation zu gewinnen. Wenn der einzelne unermüdet tätig sei, werde sich das Land der Einheit weiter nähern um alle Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Wlaseiw. Auf der gegenwertigen Seite der Elbe gelegen, bestrahlt etwa 26 Mann. Diese Gemeinde ist in gewisser Beziehung das Gegenbild von Lohdwin. In Wlaseiw haben sich die Angehörigen der „oberen Zehntausend“ ihre Prachtbauten errichtet. Die reichlichen Leute wohnen hier. Trotzdem oder vielmehr gerade deshalb ist auch hier die Lage der Gemeindearbeiter keine glänzende. Wenn auch im Gegensatz zu Lohdwin der Lohn um 2 Pf. höher ist, er beträgt 27 Pf., so ist es eben auch Stundenlohn und von allen sozialen Einrichtungen ist auch in dieser reichen Gemeinde nichts zu hören. Raubzügen, Aborts, Zuschläge für Heberstunden und Sonntagarbeit, all das sind unbekannte Dinge. Und an Ankleiderei ist kein Mangel. Diese Zustände haben nunmehr auch die Wlaseiwer Gemeindearbeiter von der Kameradschaft der Organisation überzeugt. Zu einem guten Teil sind sie unserem Verbands beitreten. Sie sollen uns als Mitstreiter im Kampfe für bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse herzlich willkommen sein. Wir erwarten von ihnen, daß sie sich nicht als feine und lästige Strolche erweisen werden. Das wird nicht zuletzt auch in ihrem eigenen Interesse liegen.

Darmstadt. Regelmäßige Mitgliebertersammlung vom 19. August d. J. Die Abrechnung vom 2. Quartal erstattete Kollege Kritz, da der jetzige Kassierer Kollege Peder sein Amt niedergelegt hat und auch nicht in der Versammlung anwesend war. Es wurden 218,30 M. an den Hauptvorstand gesandt; in der Vorkasse verbleiben 11,25 M. — Arbeitssekretär Sparr hielt sodann einen Vortrag über: „Gewerkschaft und Partei“. Später gab er noch ein anschauliches Bild von der Befassung des Volkes durch die neuen Steuern. Gegen solche Maßnahmen müßten vor allen Dingen die Arbeiter sich wenden und ihre Vorstellungen darzulegen suchen. Das beste Mittel gegen Bedrückungen aller Art sei der Anblick, an die Organisation, nicht aber bloß auf gewerkschaftlichem, sondern auch auf politischem Gebiete. Die Arbeitspreise müßten steigen und die Beschlagnahmen häufig befristet werden. Aus der Wahl des Kassierers ging Kollege Sommerborn hervor. — Zur Organisierung des Stiftungsfestes wurde eine Kommission von 7 Kollegen gewählt.

Dresden. In der Mitgliebertersammlung vom 21. August wurden zunächst einstimmig und ohne Debatte auf Vorschlag der Verwaltung den vielen Kollegen als Erkaufentschädigung 600 M. und für die schwedischen Kämpfer 200 M. bewilligt. Dann sprach Stadtv. Genosse Bue über das aktuelle Thema: „Die neuen Steuern und die Gewerkschaften“. An der Hand verschiedener Haushaltsbudgets städtischer Arbeiter zeigte er, wie schon leicht die Arbeiter schwer zu kämpfen haben. Durch die große Belastung der wichtigsten Konsumartikel durch die vom Stadtratstag beschlossenen neuen Steuern werde es den Arbeitern noch schwerer, allen Verpflichtungen nachzukommen. Da müsse die Arbeiterkraft zur Selbsthilfe greifen, sie habe sich zu großen Verbänden zusammenzuschließen, um mit vereinten Kräften eine bessere Zukunft zu schaffen. — Am gewerkschaftlichen Teil behandelte Kollege Freyler die Handhabung der neuen Lohnregelung. Die vielen Beschwerden über oftmals ganz unverständliche Auslegung der Stadtverordnetenbeschlüsse vom 8. Juli können erkennen, daß in den einzelnen Bezirken ein wahres Lohnwahns herrsche. Es sei geradezu ein Skandal, daß beim Betriebsamt heute, sechs Wochen nach dem Beschluß, die Lohnregelung noch immer nicht durchgeführt sei. Das laßt darauf schließen, daß die ausübenden Organe ganz topflos geworden sein müssen. Trotzdem durch die Beschlässe des Rates und der Stadtverordneten einseitliche, für alle Betriebe gültige Grundsätze aufgestellt sind, leisten sich einzelne Betriebe eine eigenmächtige Auslegung. So soll hier und da die Nachzahlung von besonders „herausragenden Leistungen“ abhängig gemacht werden. Einem Teil Akkordarbeitern hat man die Nachzahlung ausgesetzt, andere soll man wieder davon ausschließen. Die Zuschläge für erschwerte Arbeiten werden auch nicht überall einheitlich gezahlt. Kurz, es herrscht ein ganz wildes Durcheinander. Jedemfalls dürfte diese Sache das Stadtverordnetenkollegium nochmals beschäftigen. Nach Beilegung einiger gewerkschaftlichen Sachen erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

Dresden-Lohdwin. Die Gemeinde Lohdwin bei Dresden beschäftigt etwa 30 Arbeiter; allerdings befinden sich darunter eine Anzahl ältere Leute. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Gemeindearbeiter lassen jedoch leider noch viel zu wünschen übrig. Das reichhaltige Stundenlohnstufen bezieht auch hier. Im Winter bei den kurzen Tagen ist dann der Verdienst ein erheblich niedrigerer. Die Arbeiter mögen leben, wie sie sich durchschlagen. Sie hatten sich übrigens im Sommer etwas für den Winter ersparen können, so sprudelt man ja wohl im Gemeinderat. Bei 15 Pf. Lohn für die Arbeitsstunden ist dies leider nicht möglich. Die Lebenshaltung ist in Lohdwin nicht gerade billig. Von sonstigen sozialen Einrichtungen, Sommerurlaub, Differenzbetrag usw. ist nichts zu hören. Ja nicht einmal die elementarsten Bedürfnisse sind berücksichtigt. Es erzieht keine Parkbänke, keine Aborte auf den Plätzen, und der vorhandene Aufenthaltsraum für die Arbeiter gleicht schon mehr einem Loch, für einen Mann und ein Kind würde es sich noch eventuell eignen. Nunzum, das ganze Arbeitsverhältnis bedarf einer gründlichen Reform. Das gleiche gilt auch für die Behandlung, die der Baumstehler Schmidt und der Holzmeister Weber den ihnen unterstellten Arbeitern angedeihen laßt. Diese Herren scheinen gar nicht zu wissen, daß sie auch nur Angestellte der Gemeinde sind, wenn auch mit anderem Titel und Gehalt. Aber auch das Verhalten der Gemeindearbeiter muß ein anderes werden. Sie dürfen nicht länger in ihrer Gleichgültigkeit und Interesselosigkeit gewerkschaftlichen Tugenden gegenüber verbleiben; sie müssen sich der Organisation der Gemeindearbeiter anschließen, um ein Mitbestimmungsrecht bei der Gestaltung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erhalten. Ein Teil der Lohdwiner Gemeindearbeiter hat sich bereits unserem Verbands angeschlossen. Nun wollen, der Anfang ist gemacht. Es gilt jetzt, die noch fernstehenden heranzuziehen. Die Kräfte werden sich zeigen.

Gießen. Samstag, den 11. August, tagte im Saale des Gewerkschaftshauses eine öffentliche Versammlung für alle in den Betrieben der Stadt Gießen beschäftigten Arbeiter. Kollege Maroke Frankfurt a. M. referierte über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der städtischen Arbeiter im Zeichen der fortschreitenden Verteuerung aller Bedarfsartikel. Auch die hohen Lohn- und Arbeitsverhältnisse der städtischen Arbeiter wurden wieder einmal näher beleuchtet. Man hat hier vor einiger Zeit ein neues Lohnsystem eingeführt, wonach den städtischen Arbeitern der Lohn nach der Leistung berechnet werden soll. Der höchste Lohn pro Stunde ist auf 36 Pf. festgesetzt, aber keiner erhält denselben. Man war sich deshalb in der Versammlung darüber einig, daß eine entsprechende Lohnverbesserung für die städtischen Arbeiter angeregt werden müsse. Es wurde beschlossen, im aller nächsten Zeit Betriebsversammlungen abzuhalten, die hierzu Stellung nehmen sollen. Eine noch größere Resolution fand entsprechende Annahme.

Gießen a. S. In unserer Mitgliebertersammlung vom 21. August erstattete der Kassierer die Abrechnung von der Sagerfabrik, wobei ein Ueberschuß von 5 M. 85 Pf. verbleibt. Als Mandat für Gewerkschaftswahl wurde Kollege Wahn aufgestellt. Zur streikenden Arbeiter in Schweden wurden 30 M. bewilligt. Der Vorsitzende gab dann der Versammlung die Erklärung der Arbeiter in

